35. Bauernverbandstag, 22. November 2023

Grundsatzpositionierung

Europawahl – Perspektiven für die Landwirtschaft schaffen

Der Bauernverband Sachsen-Anhalt steht zur Europäischen Union und ihren vergemeinschafteten Politikbereichen, wie der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Derzeit werden diverse Errungenschaften der EU, die auch für viele Bauernfamilien von hoher Bedeutung sind von manchen politischen Akteuren in Frage gestellt. Dazu zählen u.a. der EU-Binnenmarkt, die Gemeinschaftswährung Euro und auch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Um weitere Erfolge in der EU für die Landwirtschaft zu erreichen, setzen wir auf starke europäische Institutionen, vor allem eine einflussreiche Generaldirektion Landwirtschaft in der EU-Kommission und einen, mit starker Kompetenz betrauten, Ausschuss für Landwirtschaft und ländlichen Raum im EU-Parlament.

Die Ziele des Europäischen Green Deal und der Farm-to-Fork-Strategie stellen Risiken für das operative Geschäft auf landwirtschaftlichen Betrieben dar. Der Bauernverband Sachsen-Anhalt erwartet deshalb eine noch stärkere Beteiligung landwirtschaftlicher Verbände und die Berücksichtigung landwirtschaftlicher Interessen bei europäischen Vorhaben. Die vielfältigen Kompetenzen der Landwirtschaft sind besser zu nutzen als in der Vergangenheit.

Wir fordern:

- die Anerkennung der Rolle der Landwirte in der Entwicklung nachhaltiger Agrar- und Ernährungssysteme sowie im Erhalt und der Pflege der Kulturlandschaft,
- eine umfangreiche und mehrdimensionale Folgenabschätzung der Farm-to-Fork-Strategie,
- Folgenabschätzungen für jede zusätzliche Auflage in Bezug auf die Ernährungssicherheit und Produktionsauswirkungen für Europa,
- eine breitere Unterstützung seitens der Politik für die Landwirtinnen und Landwirte bei der Umsetzung des Green Deals und bei der Anpassung der europäischen Landwirtschaft an die Herausforderungen des Klimawandels durch Stärkung der Forschung und deren Umsetzung in die Praxis.

In der Vergangenheit hat die europäische Gesetzgebung vor allem den Klima- und Umweltschutz priorisiert, ohne dabei die wirtschaftlichen Folgen für landwirtschaftliche Betriebe und Produktionskapazitäten zu berücksichtigen. Zukünftig sollte der kooperative Klima- und Umweltschutz in den Mittelpunkt von europäischer Gesetzgebung für die Land- und Forstwirtschaft gestellt werden. Landwirte stehen zu Umwelt- und Klimaschutz, sie müssen damit aber auch Geld erzielen können, um ihre Unternehmen wirtschaftlich nachhaltig aufzustellen.

Wir fordern:

- Kooperation mit und Integration der Land- und Forstwirtschaft bei Maßnahmen für Umwelt- und Klimaschutz und Erhalt der Artenvielfalt,
- Fokussierung auf produktionsintegrierte Naturschutzmaßnahmen,
- Wahrung der Eigentumsrechte und Ausbau des Subsidiaritätsprinzips.

In der GAP werden die Rahmenbedingungen für die landwirtschaftlichen Produktion festgelegt. Die Anforderungen an die Landwirtschaft haben sich stetig weiterentwickelt und werden

Bauernverband Sachsen-Anhalt

zu einer zunehmenden Belastung für die Betriebe, vor allem durch die immer weiter ausufernde und kaum mehr zu beherrschende Bürokratie. Die GAP muss wieder die Ernährungssicherung durch eine wettbewerbsfähige europäische Landwirtschaft, die hohe Qualitäten erzeugt, in den Mittelpunkt stellen.

Wir fordern:

- Erhöhung des Finanzvolumens für die Gemeinsame Agrarpolitik im mehrjährigen Finanzrahmen, um Verlässlichkeit und Planungssicherheit zu schaffen – mehr Leistungen brauchen mehr Bezahlung; auch Ernährungssicherung ist eine öffentliche Leistung,
- die landwirtschaftliche Tierhaltung als wesentlichen Bestandteil einer ausgewogenen Ernährung und der landwirtschaftlichen Kreislaufwirtschaft anzuerkennen,
- Beibehaltung des Status-Quo bei der IED (Industrieemissionsrichtlinie) und Verzicht auf Verschärfungen für die Tierhaltung
- die Stärkung der soziökonomischen Beratung für Betriebe, um den zunehmenden Herausforderungen begegnen zu können,
- eine Informationskampagne über die Leistungen der 1. und 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik für Verbraucherinnen und Verbraucher,
- verschiedene Vorgaben der Konditionalität der GAP, Düngeverordnung, Wasserrahmenrichtlinie u.a. zu harmonisieren und Doppelregelungen abzuschaffen,
- eine Stärkung der Ressortforschung im anwendungsorientierten Bereich, um Gesetze und Verordnungen vorzudenken und Doppelregelungen abzuschaffen oder Lösungsansätze für die Praxis zu formulieren.

Halbzeitbewertung der Landespolitik und Kommunalwahl – regionale Wertschöpfung und den ländlichen Raum stärken

Landwirtschaftliche Betriebe sind standorttreue Unternehmen. Sie bilden eine starke Wirtschaftsgrundlage im ländlichen Raum. Mit einer Vielzahl von gesellschaftlichem Engagement, zum Beispiel ehrenamtlichen Tätigkeiten bei der Feuerwehr, in Vereinen, Kirchen, Parteien oder anderen Gruppierungen, übernehmen die Bauernfamilien Verantwortung und sorgen für attraktive Dörfer und eine lebenswerte Heimat. Viele Landwirte engagieren sich bereits persönlich in den kommunalen Vertretungen unseres Bundeslandes im Ortschaftsrat, Stadtrat oder Kreistag und auch einige Kreisverbände sind aktiv in die Kommunalpolitik eingebunden. Doch das Potential ist nicht ausgeschöpft. Die öffentlich-gesellschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft ist gerade in einem Flächenland wie unserem sehr groß. Deshalb kommt es auch darauf an, dass die Landwirtschaft in den kommunalen Gremien wie Gemeinderat und Kreistag noch stärker vertreten ist.

Eine starke heimische Landwirtschaft, die dauerhafte Sicherstellung der regionalen Ernährungssicherung und Nachhaltigkeit gehören zusammen. Es ist die Aufgabe unserer Landesregierung, hierüber einen gesellschaftlichen Konsens herzustellen.

Die Landesregierung muss sich auf Bundes- und Europaebene dafür einsetzen, dass in größerem Umfang Mittel für den Agrarsektor bereitgestellt werden. Das stetige Abschmelzen von Fördermitteln, gerade wieder im aktuellen Bundeshaushalt, muss umgehend beendet werden.

Der Bauernverband Sachsen-Anhalt fordert angesichts der zunehmenden Herausforderungen in der Landwirtschaft und im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen die konsequente Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgehaltenen Grundsätze und Vereinbarungen für die Landwirtschaft.

Bauernverband Sachsen-Anhalt

Wir fordern:

1. das vollständige Sicherstellen des Abrufens von europäischen und Bundesmitteln durch die Bereitstellung der notwendigen Kofinanzierungsmittel auf Landesebene - übermäßige Sparvorgaben im Landeshaushalt sorgen für einen Rückgang der Wertschöpfung im ländlichen Raum und in der Perspektive für rückläufige kommunale Steuereinnahmen;

2. aus den Erfahrungen dieses Agrarantragsjahres zu lernen, frühzeitig über Änderungen im Antragsprogramm umfassend zu informieren und sich mit der landwirtschaftlichen Praxis abzustimmen, um für einen störungsfreien IT-Ablauf zu sorgen, dieses betrifft sämtliche relevanten fördertechnischen und sanktionsbewehrten Angelegenheiten;

3. die konsequente Stärkung der noch bestehenden Tierhaltung unter Nutzung der landesspezifisch gegebenen politischen Spielräume sowie das Setzen von Anreizen für neue Ansiedlungen in Sachsen-Anhalt, wie im Koalitionsvertrag vereinbart;

4. das Initiieren einer Offensive für die Tierhaltung in den östlichen Bundesländern.

5. einen stärkeren Einsatz der Landesregierung für den Aufbau regionaler Schlacht- und Verarbeitungsstätten;

6. den Landeszuschuss für die Tierkörperbeseitigung auf dem Niveau von 2018 so zügig wie möglich wiedereinführen und dafür umgehend die rechtlichen Grundlagen zu schaffen;

7. eine Umwelt- und Naturschutzpolitik umzusetzen, die Eigentum von bisherigen Bewirtschaftern und Eigentümern wertschätzt. Die auf allen Ebenen von Europa bis Kommune initiierten zunehmenden Eingriffe in die ländliche Wirtschaftsstruktur sind mit ihren Auswirkungen klarer zu benennen. Die Landwirtschaft steht zum Klimaschutz, er muss aber wirtschaftlich umsetzbar bleiben.

8. die Stärkung kommunaler Entscheidungskompetenzen für die Bereitstellung von Flächen für die Erzeugung erneuerbarer Energien;

9. den konsequenten Bürokratieabbau durch Abschaffung überflüssiger/widersprüchlicher Gesetze und Verordnungen. Neue Gesetze und Verordnungen auf Landesebene müssen mit einer Laufzeit von 5 Jahren versehen werden. Was nach Ablauf nicht erkennbar gebraucht wurde, wird nicht verlängert.

10. Es braucht eine massive Entschlackung der politischen Vorgaben. Regierungen sind nicht erfolgreich, wenn sie mehr Gesetze und Verordnungen erlassen. Mehr und vor allem sich widersprechende Gesetze und in der Folge mehr benötigtes Personal in öffentlichen Verwaltungen sorgen heute schon für wirtschaftliche Stagnation! Der Personalaufwuchs in der öffentlichen Verwaltung muss gestoppt werden, da er auf Dauer weder finanzierbar noch wirtschaftsfördernd ist. In Zeiten von Fachkräfte- und Personalmangel muss es eine Konzentration auf Kernaufgaben geben und parallel ist die Digitalisierung der Landesverwaltung in einer einheitlichen Systemlandschaft auf allen Ebenen voranzubringen.

Bauernverband Sachsen-Anhalt